

# LINKE U M

Zeitung des Kreisverbandes DIE LINKE Uckermark

[www.dielinke-uckermark.de](http://www.dielinke-uckermark.de)

## Die Schultüten werden wieder gefüllt

Die Schultüten-Aktion der uckermärkischen Linken wird in diesem Jahr 10 Jahre alt.

Das ist aber nicht der einzige Grund, die traditionelle Aktion auch in diesem Jahr wieder zu einem Erfolg werden zu lassen. „Es gibt immer noch viele sozial schwache Familien, die, auf sich allein gestellt, kaum in der Lage wären, ihren Kindern einen guten Schulstart mit allen Utensilien, die sie benötigen, zu ermöglichen. Das ist der wichtigste Grund, weshalb wir auch in diesem Jahr keine Mühen und Anstrengungen gescheut haben, ihre Schultüten mit Hilfe zahlreicher Partner prall zu füllen“, erklärt der Mit-Initiator der Schultütenaktion und LINKEN-Politiker Jörg Dittberner.

22 Kinder werden

in diesem Jahr auf diesem Weg ihre Erstausrüstung für die Schule erhalten. „Darunter befinden sich etwa ein Drittel Kinder von Migranten. Dass deren Anteil so hoch ausfällt, ist übrigens nicht erst seit der großen Flüchtlingswelle von 2015 so, das war auch vorher nicht anders. Viele Migranten leben bei uns am sozialen Rand. Auch das hat sich nicht geändert“, erklärt Jörg Dittberner.

Die angehenden Erstklässler erhalten übrigens nicht nur eine Schultüte mit Süßigkeiten, sondern alles, was sie für den Schulstart brauchen:

Anfangen vom Schulranzen über Mappen, Bunt-, Blei- und Filzstifte, Anspitzer, Radiergummi, Schreiblehrstifte, Hausaufgabenhefte, eine gut gefüllte Federmappe, Schere,

Dreieck und Lineal. Um all das leisten zu können, können sich die LINKEN auf eine Vielzahl von Partnern verlassen, die die Aktion unterstützen. Der Sozialverein SoFa ist ebenso wieder mit von der Partie wie

**„Wir wollen allen Kindern einen guten Schulstart ermöglichen“**

der Prenzlauer REWE-Markt, die Firma Gottschalk, die Prenzlauer Wohnbau GmbH, der Tipato Büroservice von

Matthias Reinke und der Arbeiter-Samariter-Bund Prenzlau.

Mehrere zehntausend Euro wurden in den zurückliegenden zehn Jahren für diese Aktion

gespendet. „Ein für

uns sehr erfüllendes Erlebnis, wenn wir an die strahlenden Kinderaugen der Kinder denken, die glücklich ihre Schultüten in den Händen halten“, resümiert Jörg Dittberner. Über 300 Kinder aus der Uckermark haben in den zurückliegenden Jahren auf diese Weise eine Unterstützung für ihren Start in den Lebensabschnitt Schule erhalten. „Besser wäre es natürlich, wenn unsere Gesellschaft in der Lage wäre, allen Kindern gleichermaßen gute Voraussetzungen für den Schulstart zu schaffen“, erklärt der Politiker. „Aber so lange das nicht der Fall ist, werden wir unsere Schultütenaktion fortsetzen, um die negativen Folgen einer verfehlten Sozialpolitik wenigstens abzumildern.“



Die Schultüten-Aktion hilft, auch Kindern aus sozial schwachen Familien einen guten Start in das Schulleben zu ermöglichen.

# Die Uckermark hat gewählt

*Die Uckermark hat Karina Dörk zur Landrätin gewählt. Die Linke hatte ihren Gegenkandidaten unterstützt. Wie weiter, fragt Linksrum Politiker des Kreistages.*

**Gerhard Rohne:** Die positive Botschaft ist: Die Uckermärker haben ihre Landrätin gewählt und nicht der Kreistag. Ich will damit sagen, dass glücklicherweise genügend Wähler zur Wahl gegangen sind, damit das Quorum erreicht werden kann. Das ist das wichtigste Ergebnis der Wahl, dass sie gültig ist. Dass Karina Dörk nicht unsere Wunschkandidatin war, steht auf einem anderen Blatt. Wir akzeptieren natürlich den Wählerwillen und streben eine gute Zusammenarbeit mit der Landrätin an. Ich denke, das kann funktionieren. Wir kennen sie ja als stellvertretende Landrätin und denken, haben ihre damalige Arbeit durchaus schätzen gelernt.

**Linksrum: Warum haben Sie denn nicht sie unterstützt, sondern den SPD-Kandidaten?**

**Heiko Poppe:** Die Frage ist einfach zu beantworten. Während der zurückliegenden Wahlperiode haben wir eine gute, erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der SPD gepflegt. Wir haben diese Kooperation als sachlich begründet empfunden und als Zusammenarbeit auf Augenhöhe erlebt. Deshalb haben wir den Kandidaten der SPD unterstützt. Und was Dietmar Schulze betrifft, den haben wir als Landrat erlebt, der die Kreisfinanzen saniert hat, der wie kein anderer Landrat zuvor die Kulturförderung ausgebaut hat. Und der, das darf man nicht vergessen, in den Zeiten der Flüchtlingskrise unaufgeregt und mit Augenmaß gehandelt und die schnelle und menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge gut gemanagt hatte.

**Linksrum: Das hat in den Augen der Wähler offensichtlich nicht gereicht?**

**Gerhard Rohne:** Ja, offensichtlich. Aber die Suche nach den Ursachen muss vor allem die Partei betreiben,



**Dieses U steht für Uckermark. Alles für ihre gedeihliche Entwicklung zu tun, ist auch das oberste Ziel der LINKEN im Kreistag. Deshalb setzen die Linkena auf Kooperation und verziehen sich nach der Landratswahl nicht in den Schmollwinkel.**

die den Landratskandidaten aufgestellt hat, nicht wir.

**Linksrum: Sie haben mit der SPD eine Art Koalition gehabt. Wenn Ihnen dann der Chef abhanden kommt, sollte Ihnen das doch sicherlich auch zu denken geben.**

**Axel Krumrey:** Sicherlich spielte die Haltung zur Kreisgebietsreform eine Rolle. Die Abkehr davon kam reichlich spät. Auch gab es, und das ist kein Geheimnis, Unmut in der Kreisverwaltung über die Art und Weise der Personalführung. Diesen haben sowohl wir als auch die

der Uckermark bereitzustellen. Und das ist die Zukunft des Öffentlichen Personennahverkehrs. Die Mobilitätssicherung für alle Uckermärker ist immens wichtig. Aber sie muss auch bezahlbar sein. Das ist ein Spagat, den wir in der Zukunft besser meistern müssen, als das der Kreistag bislang getan hat. Auch das ist eine Erkenntnis, die wir aus der Landratswahl gewinnen.

**Linksrum: Werden Sie denn jetzt eine ähnliche Kooperation mit der CDU anstrengen, wie Sie sie mit der SPD praktiziert haben?**

**Axel Krumrey:** Nun mal langsam mit den Pferden. Diese Frage steht momentan nicht im Raum. Was wir anstreben, ist eine auf Sachfragen bezogene Zusammenarbeit mit allen Fraktionen des Kreistages. Die CDU-Fraktion haben wir in den vergangenen Jahren als eine Fraktion erlebt, mit der eine Zusammenarbeit oftmals schlichtweg nicht möglich war. Einige Fraktionsmitglieder schienen uns mehr auf Krawall gebürstet als an Sacharbeit interessiert. Und so manche Anträge, die von den Christdemokraten kamen, waren handwerklich so schlecht, dass man sie wirklich nicht unterstützen konnte, unabhängig von ihrem inhaltlichen Ansatz.

**Gerhard Rohne:** Wenn sich das nicht ändert, kann es vielleicht sogar dazu kommen, dass wir die Landrätin in ihrem Handeln vor ihrer eigenen Fraktion schützen werden müssen.

**Linksrum: Das dürfte Karina Dörk wohl heftig dementieren, wenn sie davon hört.**

**Gerhard Rohne:** Ganz gewiss. Das ändert aber nichts an unserer Sichtweise auf die Dinge. Und natürlich sind wir bereit, auch mit der CDU zusammenzuarbeiten, wenn von dort etwas Vernünftiges kommt. Wir sind zumindest sehr gespannt auf die künftige Arbeit des Kreistages und werden uns mit unserer kommunalpolitischen Kompetenz und unseren Politikvorstellungen wir gewohnt in diese Arbeit einbringen.

Sozialdemokraten sicherlich unterschätzt. Nun aber geht es darum, nach vorn zu blicken. Und ich sehe viele Ansatzpunkte für ein gemeinsames Handeln aller Fraktionen mit der neuen Landrätin.

**Gerhard Rohne:** Ja, das stimmt. Schließlich haben sich die Probleme ja nicht geändert. Und auch Karina Dörk hatte in ihrem Wahlkampf die gleichen Themenfelder als wichtig angesprochen wie der SPD-Kandidat. Das sind der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, das ist der zügige Breitbandausbau, um schnelles Internet für jeden Winkel

## Der sanfte konsequente Genosse

Von einem, für den der Traum von sozialer Gerechtigkeit niemals ausgeträumt ist.

Heiko Poppe, 56 Jahre alt, ist das, was man einen stillen, emsigen Parteiarbeiter nennen könnte. Kein Volkstribun, der in der ersten Reihe steht. Aber verbindlich, freundlich, sanft im Auftreten und konsequent in der Sache und klar im Handeln. Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit ist die Richtschnur seines Handelns. „Das ist so, seit ich politisch denken kann“, sagt er. Und dieses politische Denken begann in der Jugend. Die zehnte Klasse schloss er an der Polytechnischen Schule in Neuenhagen bei Berlin ab, es folgten eine Lehre im Zementwerk Rüdersdorf und ein dreijähriger Wehrdienst in Crussow, dem schloss sich eine Weiterbeschäftigung als Zivilangestellter bei der NVA an. So kam Heiko Poppe in die Uckermark. Und es war nicht sein Plan, hier zu bleiben. Aber es kam so, „und es ist gut so. Die Uckermark ist mir zu meiner Heimat geworden“, sagt er.

Bereits als junger Mann trat Heiko Poppe 1981 in die SED ein. Er wollte das. „Ich war überzeugt davon, dass die Sache des Sozialismus die richtige Sache ist. Natürlich haben mich viele Fehlentwicklungen in der DDR gegeben-

stört. Aber ich dachte, dass ich nichts ändern kann, wenn ich mich nicht einbringen. Und am besten einbringen könne ich mich, wenn ich in die Partei eintrete, die die politische Macht innehat“, erinnert er sich.

Die Geschichte hat ihn und die vielen anderen, die dachten, wie er, gelehrt, dass das nicht funktionierte. Dennoch, die Hoffnung war da und sie war echt. Heiko Poppes Genosse Roy Weiss, der einen ähnlichen Weg gegangen ist, formuliert das so: „Ich bin in die SED eingetreten, weil ich im PCK einen alten Genossen kennengelernt hatte, der im Zuge der Prozesse gegen den Verleger Walter Janka zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden war und erst zu Honeckers Zeiten rehabilitiert wurde.

Er hatte trotzdem immer zu seinen Überzeugungen als Linker gestanden. Dieser beeindruckende

Mann hatte mir gesagt: Wenn du in diesem Sys-

tem etwas verändern willst, dann kannst Du es nur von innen heraus tun. Als Opposition von außen heraus funktioniert es nicht. Und er hatte Recht. Das System kollabierte. Aus seiner eigenen Reformunfähigkeit heraus.

Und die Mehrheit wollte es nicht mehr. Das ist die bittere Lehre dieser Jahre.“

Sie war es auch für Heiko Poppe. „Die Enttäuschung war riesig, zu erkennen, wie sehr wir betrogen wurden, war bitter“, erinnert er sich. Dennoch: „Der Gedanke an soziale Gerechtigkeit hatte mich nie losgelassen. Und an meinen Grundüberzeugungen hat auch die Wende nichts geändert. Ich war und bin überzeugt, dass es zu dem kapita-

listischen Modell, wie wir es heute wieder kennen, eine gerechtere, ökologischere und soziale Alternative geben muss. Dass der Staatssozialismus es nicht war, haben wir alle erlebt. Und ich traure ihm auch nicht nach. Das heißt aber nicht, dass ich nicht mehr links sein, links denken kann“, sagt er.

Seine berufliche Entwicklung führte

Heiko Poppe nach der Wende zunächst in die Mühlen der

Marktwirtschaft: Umschulung zum Kaufmann, Verkäufer im Außendienst für Bürotechnik bis zum Jahr 1999. Dann hauptamtlicher Einstieg in die Politik als Wahlkreismitarbeiter für die linke Landtagsabgeordnete Irene Wolff. „Es war ein folgerichtiger Schritt. Ich folgte dem Gefühl, mich wieder stärker für die Sache einzusetzen, für die ich brenne“, erinnert Heiko Poppe sich. Man kann halt mehr machen, als nur wählen zu gehen, wenn man die Gesellschaft mitgestalten will. Heiko Poppe wurde 2003 für die Linkspartei in die Angermünder Stadtverordnetenversammlung gewählt, wo er seit seitdem auch den Fraktionsvorsitz innehat. 2014 wählten ihn die Uckermärker in den Kreistag und im gleichen Jahr trat er bei der Landtagswahl an, konnte sich aber gegen den sozialdemokratischen Mitbewerber Uwe Schmidt nicht durchsetzen. Doch das war für ihn keine Niederlage.

Der verheiratete Vater zweier inzwischen erwachsener Kinder sieht sich eher als Mann der Basisarbeit, der für den Kitt sorgt, der die Fugen der Partei zusammenhält. Ohne ihn, darin sind sich viele Genossinnen und Genossen einig, wäre das Parteilieben der Linken in der

Uckermark weitaus schwieriger und ärmer.

**Im Porträt: Heiko Poppe, Kommunalpolitiker**



# Stark: Die Jungen wollen die Zukunft der Linken aktiv mitgestalten

Sie sind jung, sie haben Ideen und sie wollen ihre Stimmen hörbar erheben: Die jungen Genossen der Linken stehen für einen frischen Politikstil

Es war nicht zuletzt die Geburt seines Kindes, die Martin Kubisch dazu brachte, sich in die Politik einzumischen. „Ich trage Verantwortung für diesen kleinen Erdenbürger. Und ich bin mit den Umständen, unter denen wir hier in Deutschland leben, in vielem nicht einverstanden. Und da habe ich mir gesagt: Wenn Du unzufrieden bist, hilft nicht nur meckern. Meckern tun alle. Du musst auch etwas dazu tun, etwas zu verändern. Und da ich in meinem Denken und in meiner Welt-sicht schon immer links war, bin ich bei den Linken eingetreten“, sagt der Schwedter. Mit seinen 34 Jahren ist Martin Kubisch schon einer der älteren in der Gruppe der Genossen unter 35.

Martin weiß, was es heißt, sich durchkämpfen zu müssen. Er hatte erlebt, was es heißt, als Leiharbeiter in die Fron zu gehen, er hatte als Pauschal-kraft bei Kaufland gearbeitet, immer finanziell knapp, immer kämpfen müssen. Er weiß, warum es sich lohnt, für linke Ideale einzustehen.

## Auf der Suche nach Gerechtigkeit

Paul Doormann, 19 Jahre alt, absolviert gerade eine Tischlerlehre. Er ist einer der jüngsten Genossen bei den LINKEN. Er selbst hat schwierige soziale Verhältnisse nicht aus eigenem Erleben kennengelernt. Und doch ist es das allgemeine Gefühl, dass es in unserer Gesellschaft nicht gerecht zugeht, das ihn veranlasst hat, sich mit sozialistischen Gesellschaftsalternativen auseinanderzusetzen. „Ich finde, dass jeder Mensch in unserer Gesellschaft die gleichen Chancen auf Entwicklung haben sollte“, sagt er.

**„Wer Politik nicht mitgestaltet, ergibt sich den Verhältnissen.“**

„Das gilt übrigens auch für die Asylbewerber und die Migranten, die zu uns kommen. Wir müssen allen Menschen gegenüber sozial sein, die zu uns kommen“, sagt er. Sein Interesse für die Politik erwachte bereits früh, in der 9. Klasse. Beunruhigende internationale Entwicklungen, wie der Umsturz in der Ukraine, die nachfolgende Besetzung der Krim durch Russland, sich wachsenden Spannungen zwischen dem Westen und Russland, der Syrienkrieg – all diese nur scheinbar entfernten Konflikte haben ihn politisiert. Damit gehört er in seiner Generation zu einer Minderheit. „Und ich versuche, in Diskussionen und Gesprächen, die jungen Menschen um mich herum ebenfalls für Politik zu

interessieren. Das ist das, was ich tun kann. Und das ist wichtig. Denn Politik bestimmt unser Leben in einem Maße, das vielen gar nicht bewusst ist.“, sagt er.

Anne Frieda Reinke, 25 Jahre alt, kann schon auf eine ganz beachtliche politische Karriere zurückblicken. Aufgewachsen in sicheren Verhältnissen, hat sie die sozialen Verwerfungen in der Gesellschaft dennoch früh erlebt. „Wir haben im Prenzlauer Dreike-Ring gewohnt

und ich habe dort bei Nachbarn und Freunden früh mitbekommen, was es heißt, arbeitslos oder prekär beschäftigt zu sein“, sagt sie. „Wir waren keine Familie, die da weggeschaut hat, ich hatte Freunde, die hatten kein Pausenbrot für die Schule mitgebracht, da haben sie von uns eins bekommen“, erinnert sie sich.

## Der leichte Weg ist nicht ihr Weg

Es war das Superwahljahr 2009, das der damals 15-Jährigen den Weg für die Entscheidung ebnete, sich politisch zu engagieren. „Ich hatte einen guten Lehrer für politische Bildung,

der mir die Augen für die Bedeutung von Politik geöffnet hatte und mir beigebracht hatte, wie wichtig es ist, sich politisch zu engagieren, wenn man etwas verändern will“, erinnert sich die Lehramtsstudentin. Frühzeitig besuchte sie die Fraktionssitzungen der LINKEN in der Prenzlauer Stadtverordnetenversammlung, trat 2010 den LINKEN bei, wurde schnell in den Kreisvorstand aufgenommen, engagiert sich seit 2014 in der Prenzlauer Stadtverordnetenversammlung und im Landesvorstand der Partei. Sie ist keine, die sich für den leichteren Weg entscheidet. Als die Frage stand, welche Lehramtsfächer sie studieren wolle, entschied sie sich für die ungewöhnliche Kombination aus Chemie und Politischer Bildung. „Man hatte mir gesagt, dass das kaum gehe, dass es doch besser sei, sich für zwei gesellschaftspolitische Fächer wie Geschichte oder PB oder so etwas ähnliches zu entscheiden. Ich wollte das nicht. Ich wollte keine Kombination aus zwei politischen Fächern haben, sondern die Abwechslung. Und ich finde, es kann funktionieren“, sagt sie. Das braucht Disziplin, Biss und Durchsetzungsvermögen. Dass Anne-Frieda Reinke das hat, erfahren auch diejenigen Fußballer, deren Spiele sie pfeift. Die junge Politikerin ist auch als Schiri auf den Fußball-

ballfeldern der Region unterwegs und versteht es, sich in dieser Männerdomäne durchzusetzen. Im kommenden Jahr wird sie ihr Studium beenden. Welchen Weg sie dann einschlagen wird? „Genau weiß ich das noch nicht. Fest steht aber: Es wird ein politischer Weg sein“, sagt sie. Martin Kubisch, Paul Doormann und Anne-Frieda Reinke sind drei von

vielen jungen Genossinnen und Genossen, die in die Linkspartei eingetreten sind und für den anstehenden Generationenwechsel stehen. Paul will sich vor allem in der Sozial- und Asylpolitik engagieren. In welche politischen Ämter ihn seine Reise einmal führen wird, das ist noch nicht sein Thema. „Ich mache

Wahlkampfarbeit, unterstütze meine Genossen, führe viele Gespräche und engagiere mich in der ganz normalen Basisarbeit“, sagt er.

Anne-Frieda, von ihren Freunden und Genossen nur Frieda genannt, sieht ihren politischen Schwerpunkt in der Bildungspolitik. „Es braucht mehr Bildungsgerechtigkeit im Land“, sagt sie. Und Martin, der Älteste in dieser Runde, aber das jüngste Parteimitglied (er ist Anfang April von den Linken in Schwedt als Mitglied aufgenommen worden) ist noch auf der Suche nach seinen Themen. Doch sie alle sind sich einig: Die Partei muss sich verjüngen, wenn sie zukunftsfähig sein will. „Damit sind wir LINKEN in der politischen Landschaft Deutschlands bei weitem nicht allein. Alle Parteien haben mit mangelndem jungen Nachwuchs zu kämpfen. Aber es nützt nichts, zu den anderen zu gucken und sich zu freuen, dass diese auch Probleme haben, sondern in den eigenen Reihen anzupacken“, sagt Frieda. Innerhalb des Kreisverbandes Uckermark suchen sie den Schulterchluss mit anderen jungen Genossinnen und Genossen. „Wir haben bereits vor fünf

Jahren versucht, die jungen Genossinnen und Genossen zusammenzuführen, es gab beispielsweise eine Veranstaltung im Schwedter Exit. Aber das verlief sich leider wieder“, erinnert sich Frieda. Während des letzten Bundestagswahlkampfes waren allerdings viele junge Leute, die mit der politischen Entwicklung unzufrieden waren, den LINKEN beigetreten. „Des-

**„Die Herausforderungen, vor denen wir in einer sich rasant ändernden Welt stehen, brauchen neue linke Antworten“**

halb starten wir jetzt erneut den Versuch, eine Art Plattform für die Jungen zu bilden“, erklärt sie. Eine Whats-App-Gruppe wurde gegründet, die jungen Parteimitglieder veranstalten gemeinsame Treffen, organisieren Grillabenden. „Und wir planen ein uckermark-weites Treffen der Mitglieder unter 35

Jahren.“ Damit, so macht Frieda deutlich wollen die Jungen sich keinesfalls von den Alten absetzen. „Deren politische Erfahrung und ihre Leistungen sind unverzichtbar für die LINKEN. Es ist aber wichtig, dass wir uns kennenlernen, uns gegenseitig vernetzen, eine gemeinsame Diskussionskultur entwickeln, um unsere Standpunkte zu formulieren und innerhalb der Partei hörbar zu machen“, bekräftigt die junge Genossin.

„Denn wir sind diejenigen, die die Zukunft unserer Partei gestalten, die die Ideale der Linken bewahren und weiter entwickeln werden. Denn die Herausforderungen, vor denen die Linken in einer sich rasant ändernden Welt stehen, brauchen auch neue linke Antworten. Sicherer wird die Welt gegenwärtig nicht. Rechte Populisten erstarken wieder. Und dagegen müssen auch und vor allem wir Jungen uns stark machen. Denn wer gerade unsere deutsche Geschichte kennt, weiß welche Gefahren aus rechtspopulistischen Entwicklungen für die Gesellschaft, letztendlich für den Frieden erwachsen.“



Martin Kubisch, Anne-Frieda Reinke und Paul Doormann gehören zu den jungen Genossinnen und Genossen der Partei, die die Politik in der Zukunft aktiv mitgestalten wollen.

# Unternehmer, links und glücklich dabei (1)

Als Unternehmer folgen sie der Logik der Marktwirtschaft. Politisch schlägt ihr Herz links. Wie funktioniert das? Dieser Frage gehen wir auf den folgenden zwei Seiten nach.

Sie haben beide erlebt, wie schwierig es ist, sich in der Marktwirtschaft zu behaupten. Und sie haben doch beide den Weg gewählt, ein Unternehmen zu gründen. Zum einen hatten sie keine Alternative. Zum anderen wählten sie diesen Weg aus Überzeugung. Der gelernte Schlossermeister Wolfgang Ackermann kam 1990 nach Mittenwalde, um doert die LPG-Schlosserei zu übernehmen. Mit der LPG war es bald vorbei. Und damit es doch irgendwie weitergeht, gründete er eine Fassadenbaufirma. Eine GmbH mit 20 Angestellten, die 2004 an der mangelnden Zahlungsmoral des Hauptauftragnehmers pleite ging. Seitdem arbeitet Ackermann als Zwei-Mann-Unternehmen in der Branche weiter. „Die Situation, Leute entlassen zu müssen, für die ich Verantwortung hatte, gehört zu den schwersten in meinem Leben. Thomas Busch, gelernter Steinmetz, machte sich der Wende in die-

sem Beruf in Gartz selbstständig, nachdem ihm als SED-Parteikader in Schwedt sämtliche Wege versperrt worden waren. Der Anfang war schwer. „Ich kann mich noch an Zeiten erinnern, wo ich nicht wusste, wie ich den Sprit für mein Auto bezahlen soll“, erinnert er sich. Mittlerweile führt er ein solides Unternehmen, der Geschäftsbereich Bestattungen kam mit hinzu. Er beschäftigt mehrere Mitarbeiter und versucht „das Unternehmen sehr familiär zu führen“, sagt er.

## Verantwortung für die Mitarbeiter

Beide sind aus Verantwortungsgefühl ihren Familien und später ihren Mitarbeitern gegenüber Unternehmer geworden. Beide stehen dazu. Und beide sind ihren linken Überzeugungen, die sich lange vor der Wende herausgebildet haben, treu geblieben. Wolfgang Ackermann trat 1977 mit 35 Jahren in die Partei ein. „Ich glaubte, das Richtige zu tun, wir Jungen wollten etwas verändern, sind aber zunehmend an den Alten gescheitert“, sagt er. Thomas Busch war vor der Wende Parteisekretär, wurde 1990 in den Wendezeitwirren als Parteimitglied gestrichen und trat 1995 wieder ein. Beide haben die Wende als gravierende Zäsur erlebt: „Was ich 1990 erfahren habe, hat mich maßlos wü-

tend gemacht. Aber ich war nicht enttäuscht von der Idee, sondern von ihrer Umsetzung“, erinnert sich Wolfgang Ackermann. Aber den Weg, den damals viele gegangen sind, die ins Unpolitische abtauchten, wollte er nicht mitgehen: „Es hilft nichts, den Kopf in den Sand zu stecken. Wer sich nicht engagiert, der kann auch nichts ändern“, ist er überzeugt.

„Für mich hat die Wende nicht zum Einsturz meines Weltbildes geführt“, berichtet Thomas Busch. „Sie hat aber sehr wohl meinen Blick auf die DDR verändert. Und ich habe mich selbst in meinem Wirken als Parteisekretär in Frage gestellt. Einen Weg dorthin zurück würde es für mich nicht mehr geben“, sagt er.

Und beide sehen in ihrem unternehmerischen Engagement keinen Widerspruch zu ihrer politischen Haltung, im Gegenteil.

„Eine linke Partei, die keine Wirtschaftskompetenz kennt, kann nichts bewirken“, ist Wolfgang Ackermann überzeugt, der sich auch in der Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaft Linke Unternehmerinnen und Unternehmer engagiert. Das Volkseigentum, wie die DDR es kannte, ist für ihn töter als tot. „Was Allen gehört, gehört Niemandem und so geht auch die Verantwortung für ein gutes Wirtschaften verloren“, sagt er. Er setzt auf die Gemeinwohlökonomie, die sehr wohl das Privateigentum an

Produktionsmitteln anerkennt, aber das Gemeinwohl und nicht die Gewinnmaximierung in den Mittelpunkt wirtschaftlichen Handelns stellt. „Dazu gehört, dass die Gehälter der Spitzenmanager an die Gehälter der Belegschaft gekoppelt sind. Dazu gehört, dass Spekulationen und Börsengänge nur noch eine Domäne des Staates sein dürfen, dazu gehört, das Ökologie, Nachhaltigkeit, regionale Wirtschaftskreisläufe und eine Partizipation aller an der Wertschöpfung die Leitprinzipien sind“, sagt er. Es müsse einen Weg zwischen Staatssozialismus dem dem entfesselten Globalisierungskapitalismus, wie er heute an der Tagesordnung ist, geben.

## Öffentliche Hand muss gestärkt werden

Dieser Überzeugung folgt auch Thomas Busch. „Wir alle haben erlebt, dass man mit dem sozialistischen Wettbewerb die Marktwirtschaft nicht einholen kann. Aber wir sollten Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Wasser-, Strom- und Wärmeversorgung, die Versorgung mit Wohnraum, Gesundheitswesen, Altenpflege, Mobilitätssicherung nicht einer Privatwirtschaft überlassen, deren oberstes Prinzip allein die Profitmaximierung ist. Sie sollten in die öffentliche Hand gegeben werden“, bekräftigt er.



Für Wolfgang Ackermann sind Unternehmertum und linkes Denken kein Gegensatz: „Wir brauchen eine Gemeinwohlökonomie“, sagt er.



Privatunternehmer und Links: „Mit dem sozialistischen Wettbewerb kann man die Marktwirtschaft nicht einholen“, sagt Thomas Busch.



Mit ihrem historischen Stadtkern ist die Stadt Angermünde mittlerweile ein Touristenmagnet. Dafür macht sich Roy Weiss stark.

## Unternehmer, links und glücklich dabei (2)

Über die Anfeindungen der ersten Jahre kann Roy Weiss heute lachen. Und er ist sich und seinen Idealen auch als Unternehmer treu geblieben.

Als der Angermünder Lehrer, PDSler und bekennender Linke Roy Weiss Anfang der 1990er Jahre seinen Lehrerberuf an den Nagel hing, um in Angermünde ein Hotel zu bauen – übrigens der erste Hotelbau in der Stadt nach der Wende – stieß das bei nicht wenigen im besten Fall auf Unverständnis. Andere reagierten wütend, empört: Ein Linker tritt hier jetzt als Unternehmer auf, wie kann das sein? „Was ich mir damals alles anhören musste: Hier bringen die Stasi-Seilschaften ihr Geld unter, hier werden die Parteifinzen der SED um die Ecke gebracht, selbst die Monitor-Sendung beschäftigte sich mit uns und der Frage, ob hier nicht kriminelle Machenschaften im Spiel seien“, erinnert sich Roy Weiss und lacht dabei. „Ja, das waren wilde Zeiten. Die Hatz auf uns wurde so absurd, dass selbst der damalige Angermünder Landrat, ein Mann der SPD aus dem Westen, in die Bresche sprang, um uns in Schutz zu nehmen“, sagt er. Dabei war Roy Weiss, der erst kurz vor der Wende als junger Lehrer



Roy Weiss ist mit Leib und Seele Hotelier. Aus seinen linken Einstellungen hat er nie ein Hehl gemacht.

nach Angermünde gekommen war, einfach nur seiner Überzeugung treu geblieben und hatte sein Parteibuch nicht, wie so viele seiner Lehrerkollegen, mit der Wende über Bord geworfen. „Und die Entscheidung, ein Hotel aufzumachen, war eine familiäre Entscheidung. Meine Eltern, die ein Hotel und eine Gastronomie in Angermünde betrieben, standen vor dem Aus, weil der Besitzer der Immobilie sie gekündigt hatte. Da haben wir Familienrat gehalten und uns entschlossen, ein eigenes Hotel zu bauen. Und das haben wir getan“, erklärt er. Nicht mehr und nicht weniger. Und eine mutige Entscheidung, die in eine erfolgreiche Existenzgründung mündete. Doch nicht nur der politische Gegner schäumte damals, sondern auch

so manche Genossen konnten es nicht verstehen, wie ein Linker gleichzeitig Unternehmer sein kann. „Der Staatssozialismus hing noch in vielen Köpfen. Dabei musste doch jeder, der die DDR erlebt hatte, gemerkt haben, dass die Verstaatlichung jeglichen produktiven Eigentums nun wirklich kein Erfolgsmodell war. Und die Linken hatten auf ihrem Reformkurs ziemlich schnell klargemacht, dass ihr Modell auf Eigentumspluralität setzt“, sagt Roy Weiss. Insofern war es für ihn nie ein Widerspruch, Unternehmer und links zu sein. „Und als Unternehmer führe ich mein Unternehmen so, wie ich es nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten führen muss, um am Markt bestehen zu können. Nicht viel anders, wie es vielleicht

ein CDU-Mann auch machen würde. Meine Weltanschauung ist etwas anderes.“ Und diese beeinflusst natürlich sein ehrenamtliches Engagement. Roy Weiss bestimmt seit vielen Jahren als Stadtverordneter die politischen Geschicke seiner Heimatstadt mit. Und im Tourismusverein Angermünde hat er den Vorsitz inne. „Das hat natürlich auch etwas mit meinem beruflichen Engagement als Hotelier zu tun. Da habe ich ein Interesse daran, dass der Tourismus in der Region gut funktionieren kann. Ich habe eben auch das Ehrenamt übernommen, um gute Rahmenbedingungen für den Tourismus in der Region zu schaffen, wovon alle Anbieter touristischer Dienstleistungen etwas haben“, sagt er. Und natürlich fließt seine Weltanschauung auch in die Unternehmensführung ein. „Ich nehme den Begriff soziale Marktwirtschaft beim Wort. Als Unternehmer habe ich Verantwortung für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und ich möchte der Gesellschaft auch etwas zurückgeben“, sagt er. Roy Weiss bildet aus. Er zahlt mehr als den Mindestlohn. Und Engagement für eine gerechtere Welt muss nicht im Gegensatz zum Unternehmertum stehen. „Im Gegenteil, es braucht ein Unternehmertum, das sozial denkt, das die Gemeinschaft und ihr Wohlergehen im Blick hat“, ist er überzeugt. Und linke Politik ohne wirtschaftliche Kompetenz, das würde zu nichts Gutem führen.“



Die Dörfer brauchen staatliche Hilfen, um mit ihrem Wohnungsbestand klarzukommen, meint Axel Krumrey.

## Linke Forderung: Wohnungsbestand entschulden

Für die Städte gab es ein Umbauprogramm, die Dörfer bleiben auf ihren Wohnungsaltschulden sitzen. Das muss sich ändern, fordert Axel Krumrey.

*Der LINKEN-Politiker, weiß, wovon er redet, er ist selbst Bürgermeister im ländlichen Raum, er steht der Gemeinde Randowtal vor. Linksrum sprach mit ihm über seine Vorstellungen, wie die Dörfer künftig mit ihrem kommunalen Wohnraum umgehen könnten.*

**Herr Krumrey, den Gemeinden geht es dank sprudelnder Steuereinnahmen so gut wie lange nicht. Sie fordern staatliche Hilfen für den kommunalen Wohnungsbestand in den Dörfern. Ist das nötig?**

Ja. Es stimmt, wir haben mehr Geld als noch vor Jahren. Es stimmt aber auch, dass gerade jene Dörfer, die über kommunale Wohnungen verfügen, meist handelt es sich um Plattenbauten, mit diesem Bestand überfordert sind und in finanzielle

Engpässe geraten. Deshalb denke ich, dass die Dörfer mit ihren Wohnungen, die oftmals auch schwer vermietbar sind, nicht allein gelassen werden dürfen.



Axel Krumrey

**Welche Hilfe schwebt Ihnen denn vor?**

Zum einen müssen die Altschulden weg. Bei den Städten hat man das damals im Zuge der groß angelegten Stadtumbauprogramme getan. Wenn nicht genutzte Plattenbauten abgerissen wurden, waren auch die Altschulden Geschichte. Ohne dem wäre der Umbau gar nicht zu stemmen gewesen. An die Dörfer, in denen oftmals auch Plattenbauten stehen, hatte man damals nicht gedacht. Das war ein Fehler und das ist meiner Ansicht nach auch nicht grundgesetzkonform, schließlich ist im Grundgesetz von der Schaffung gleicher Lebensverhältnisse die Rede. Zum anderen brauchen die Dörfer Hilfe bei der Sanierung und Vermarktung ihrer Plattenbauten.

**Die meisten sind doch in den**

**1990er Jahren saniert worden.**

Richtig, Sie sagen es. In den 1990er Jahren. Seitdem hat sich wieder ein ordentlicher Investitionsstau gebildet. Dazu kommt, dass in den 1990er Jahren zumeist nur die Fassaden saniert wurden. Sie erhielten eine Wärmedämmung und Farbe, die inzwischen wieder kräftig ausbleicht und abblättert. Im Inneren der Häuser hingegen wurde im Regelfall kaum etwas gemacht. Wir reden hier also über Wohnungen mit völlig veralteten Elektroinstallationen, unmodernen Sanitäranlagen und oftmals unattraktiven Wohnungsquerschnitten. Das ist eine echte Vermietungsbremse. Und das zu ändern, um mit ihrem Wohnungsbestand auch in Zukunft marktfähig zu sein, können die Dörfer aus eigener Kraft gar nicht leisten. Zu den Altschulden, die sie oftmals fast erdrücken, kämen dann neue Kreditbelastungen hinzu.

**Vielleicht sind die Dörfer damals auch übersehen worden, weil das Leerstandproblem dort nicht massiv auftrat, weil immer nur wenige Blöcke in einem Ort stehen.**

Das mag sein. Aber in der Masse ist das doch ein massives Problem.

Ich bin ohnehin der Meinung, dass die Orte sich mit ihrem Wohnungsbestand zusammenschließen, um eine Masse zu erreichen, die erst Handlungsfähigkeit erzeugt. Beispielsweise könnte unter dem Dach des Landkreises eine Wohnungsgesellschaft gegründet werden, in die alle betroffenen Dörfer ihren Wohnungsbestand einbringen. Sie könnte künftig auch sozialen Wohnungsbau betreiben.

**Eine kühne Idee, die Widerspruch produzieren dürfte.**

Ganz gewiss. Aber eine Idee, die ich für diskutierenswert halte.

### Impressum

„linksrum“ ist eine Zeitung des Kreisverbandes DIE LINKE Uckermark.

#### Herausgeber:

DIE LINKE, Kreisverband Uckermark, Diesterwegstr. 1, 17291 Prenzlau  
v.i.S.d.P.: Heidi Hartig  
Redaktion:  
Heidi Hartig, Anne-Frieda Reinke  
Fotos: Die LINKE

mail: [info@dielinke-uckermark.de](mailto:info@dielinke-uckermark.de)